

# **Beschlussbuch Landesverband Schleswig-Holstein**

# Inhaltsverzeichnis

Resolution

Arbeitsprogramm

Bildung

Internationales

Kommunales

Soziales

Umwelt

Wahlrecht

Wirtschaft

# Angenommene und überwiesene Anträge

# Resolution

**Resolution**

(Annahme in geänderter Fassung)

(Angenommen)

**Die SPD ist DIE Kommunalpartei in Schleswig-Holstein**

Die Basis und der große Rückhalt der SPD-Schleswig-Holstein sind die im gesamten Land befindlichen Ortsvereine. Nirgendwo sonst ist Politik näher am Bürger und beeinflussen politische Entscheidungen unmittelbarer das Leben der Menschen. Für uns ist die Kommunalwahl von besonderer Bedeutung, um gute, bürgerfreundliche Entscheidungen auch in Zukunft sicherstellen zu können: Wir wollen die erfolgreiche ehrenamtliche Arbeit überall unterstützen, wo es nötig ist, um das Leben der Menschen direkt zu verbessern. Dort wo diese Arbeit Hilfestellung benötigt, werden wir helfen. Nachwuchsförderung ist dabei für uns oberstes Gebot, ohne es am Alter festzumachen. Jeder, der unsere Werte teilt, ist gerne willkommen, um unser Land weiter zu entwickeln. Für die Kommunalwahl 2018 nehmen wir uns u.a. folgendes vor:

**Kommunale Finanzen stärken!**

Wir erleben derzeit in den Debatten um die Straßenausbaubeiträge oder G8/G9 den Versuch des Landes, sich auf Kosten der Kommunen finanziell zu entlasten. Nicht nur, dass hier in die Finanzhoheit der Kommunen eingegriffen wird. Wir fordern: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.

Die Kommunen verfügen nicht über ausreichende finanzielle Mittel, um die Infrastruktur in ausreichendem Maße zu erhalten und auszubauen. Ein über Jahrzehnte angewachsener Sanierungsstau ist die Folge.

Kommunen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben, wie die Sanierung und Pflege von Straßen, verlässlich ausführen können. Hier ist die Landespolitik in der Pflicht Regelungen zu schaffen, mit denen eine außerordentliche Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner ausgeschlossen wird.

**Gute Bildung und starke Familien**

Für erfolgreiche Bildungsbiografien sind beste Bildungsvoraussetzungen erforderlich. Neben der inhaltlichen Verantwortung des Landes haben die Kommunen dabei eine wichtige Verantwortung als Trägerinnen der Bildungseinrichtungen. Die steigenden Anforderungen an die infrastrukturellen Rahmenbedingungen bei Kita und Schule belasten die Haushalte der Gemeinden, Städte und Kreise dabei zusehends. Moderne pädagogische Konzepte, offene Lernformen und die Entwicklung der Kitas und Schulen hin zum Lebensort erfordern stetige, wesentliche Investitionen in die Standorte, die die Kommunen nicht ohne Unterstützung leisten können.

Eine bedarfsdeckende Versorgung mit Kita-Plätzen inkl. Betreuung in Randzeiten und Qualitätssteigerung, die richtige Entwicklung zu flächendeckenden Ganztagsangeboten an Grund- und weiterführenden Schulen mit dem Ziel des Ganztagsrechtsanspruchs bei Grundschulen und verbindlichem Ganztag an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien

50 braucht immense Investitionen direkt vor Ort. Wir halten deshalb fest an einer nationalen Bildungsallianz, die mit allen Beteiligten in die Kita- und Schullandschaft mit mind. 12 Mrd. Euro in den nächsten 12 Jahren bundesweit investiert.

55 Die Gebührenfreiheit von Krippe bis Studium und zukünftig auch Meisterausbildung bleibt dabei für uns das oberste Gebot. Die Schwarze Ampel sägt durch den Ausstieg aus dem Weg zur Beitragsfreiheit an der Zukunft kommender Generationen. Daher werden wir dort, wo wir kommunal wirksame Mehrheiten haben (finden), zur Entlastung der Eltern bei den Kita-Gebühren beitragen und zugleich weiter für unser Ziel einer beitragsfreien Kita im Land und Bund kämpfen.

## 60 **Integration leben**

Integration von Geflüchteten ist eine der zentralen Aufgaben unserer Zeit. Den Kommunen als Lebensmittelpunkt und Hort des sozialen Netzes von Geflüchteten kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu.

65 Viele tausend ehrenamtliche Helferinnen und Helfer tragen zum Gelingen von Integration bei. Angefangen von einer adäquaten Betreuung durch Ausländerbehörden bis hin zur Jobvermittlung im Jobcenter oder Trägern von Sprachkursen. Sprache ist der elementare Schlüssel zur Teilhabe. Deshalb braucht es weiterhin ausreichende Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache. Dies ist neben einer schnellen Verfahrensklärung der wichtigste Baustein der Integration.

70 Sich um die geflüchteten Menschen zu kümmern und um die, die im Zuge von Familiennachzug noch kommen werden, ist eine große Herausforderung für die Kommunen, die in der Vergangenheit hervorragend gemeistert wurde und bei der wir auch die neue Landesregierung in die Pflicht nehmen müssen.

75 Neben den Geflüchteten dürfen wir aber auch nicht diejenigen unter uns vergessen, mit denen es das Leben nicht ganz so gut gemeint hat und die ebenfalls unserer Hilfe und Unterstützung bedürfen.

## 80 **Lebenswerte Städte und Gemeinden**

85 Schleswig-Holstein soll ein Land mit lebenswerten Städten und Gemeinden sein. Ein bezahlbares Wohnumfeld ist deshalb von großer Bedeutung. Wenn Mieten und Kosten für Bauland weiter steigen und es an geeignetem Wohnraum z.B. für Alleinlebende oder Familien in der Wunschregion fehlt, führt dies zu Verdrängungseffekten mit daraus resultierenden höheren Mobilitätskosten oder finanziellen Belastungssituationen. Wenn teilweise die Hälfte des Einkommens oder mehr für die Miete aufgewendet werden muss, muss das ein Alarmsignal für uns sein.

90 Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle. Das heißt: gerechte Mieten auch in Ballungsräumen, gezielte Förderung des Erwerbs von Wohneigentum vor allem für junge Familien und die Schaffung von modernen und bezahlbarem Mehrgeschosswohnungen. Das neue alte Instrument der sozialen Förderung von Wohnungen muss landesweit eingesetzt werden.

95 Das Land muss die Kommunen stärker in die Lage versetzen, Planungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Kommunen bei der Förderung des sozialen Wohnungsbau nicht nur zu unterstützen, sondern sie zwingend aufzufordern mit mindestens 30% umzusetzen.

100 Dabei gilt für uns: günstige und neue Wohnungen sind nicht nur ein Thema für die großen Städte. Auch den Gemeinden im ländlichen Raum muss es ermöglicht werden, Angebote für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, zum Beispiel in Zentralorten und Landesentwicklungsachsen. Damit einhergehen muss allerdings auch eine Investitionsoffensive in die kommunale Daseinsvorsorge. Wer „auf dem Land“ alle

Angebote zur Verfügung hat – vom Arbeitsplatz über Bildungs- bis hin zur Gesundheitsinfrastruktur – ist nicht darauf angewiesen, in die großen Zentren zu streben und nimmt den Wohnraumdruck in den schon jetzt kaum noch zu bezahlenden Regionen.

110 Regionales Wirtschaften, ein guter Nahverkehr, eine umfassende Gesundheitsversorgung und der Erhalt von Schulstandorten sind für uns unabdingbar für gutes Leben außerhalb von Ballungsräumen. Eine digitale Grundversorgung wird das gute Leben in Schleswig-Holsteins ländlichen Regionen erhalten und ausbauen. Das Land muss dafür alle Hilfen bereitstellen, die eine Digitalisierung beschleunigen.

115 Ein zentrales Umsetzungsplus bietet eine starke SPD, die auf allen politischen Ebenen (EU, Bund, Land, Kommune) vertreten ist und sich für die gleichen politischen Ziele einsetzt. Die politische Verzahnung und die ebenenübergreifende Kooperation in Sachfragen macht langfristige, tragfähige Lösungen der Problemlagen der Kommunen erst  
120 möglich!

# Arbeitsprogramm

## **Strategien für die Neuaufstellung und die neue Rolle der SPD Schleswig-Holstein**

(Annahme in geänderter Fassung)

(Angenommen)

### **5 1. Die SPD gemeinsam weiterentwickeln**

10 In den vergangenen Monaten hat unsere Partei schwere Wahlniederlagen erlitten. Die SPD-Schleswig-Holstein erinnert sich der schweren Wahlniederlagen von 2009. Konsequenzen wurden damals nur randständig gezogen. Zusammen mit den aktuellen Wahlniederlagen der letzten Monate offenbaren sie eine dramatische Abkehr der Wählerinnen und Wähler von der Sozialdemokratie und dokumentieren den Aufbau eines enormen Protestpotential, beides genährt aus der Politik der vergangenen 20 Jahre. Ein „Weiter so“ kann es deshalb nicht geben. In Schleswig-Holstein haben wir bei der Landtagswahl im Mai rund 3.000 Stimmen gegenüber der Wahl 2012 verloren. CDU, Bündnis90/Die Grünen und die FDP bildeten eine gemeinsame Regierungskoalition. Bei der Bundestagswahl erhielt die SPD 15 bundesweit ein historisch schlechtes Ergebnis. Auch hier werden wir künftig die demokratische Opposition im Parlament führen. Eine Große Koalition schließen wir aus.

20 In Schleswig-Holstein haben uns die Ergebnisse der Bundestagswahl erneut erschüttert. Auch in früheren Hochburgen musste unsere Partei große Stimmverluste verzeichnen.

25 Es hat sich zudem gezeigt, dass Wahlkämpfe arbeitsreicher geworden sind bei gleichzeitig weniger aktiven WahlkämpferInnen. Plakate aufstellen, Flyer verteilen, Veranstaltungen organisieren, online kommunizieren, Tür-zu-Tür-Gespräche führen usw. ist für unsere im Wesentlichen ehrenamtlichen Strukturen nicht mehr in vollem Umfang leistbar.

30 In den vergangenen Monaten haben wir gemeinsam in vielen Gremien und Veranstaltungen (Landesvorstand, Landesparteierrat, Mitgliederkonferenz) über die Wahlergebnisse diskutiert, erste Analysen vorgenommen und Konsequenzen diskutiert. Unsere Partei hat Reformbedarf. Wir brauchen strukturelle, personelle, organisatorische, kommunikative, inhaltliche und strategische Ideen für die Zukunft, die mit einem ganzheitlichen Ansatz die einzelnen Politikfelder verbinden. Wir müssen bei der Analyse tiefer gehen und die möglichen Konsequenzen ausreichend mit unseren Mitgliedern diskutieren und sich daraus ergebende veränderte Beschlusslagen herbeiführen.

35 Die SPD Schleswig-Holstein will diesen Prozess fortsetzen. Dieser Beschluss richtet sich an die gesamte Partei und fordert zum Mitmachen auf.

40 Erneuerung bedeutet, dass sich Mitglieder mit langjähriger Erfahrung einbringen und neue Ideen auch von Neumitgliedern gleichberechtigt einbezogen werden. Dabei wird die SPD ihre Instrumente interner Willensbildung modernisieren und öffnen sowie das Beschreiten neuer Wege in der Partei als kontinuierlichen Fortschritt betrachten.

45 Hierfür schlagen wir einen Prozess kleiner Schritte, aber kontinuierlicher Entwicklung vor. Einige Maßnahmen sind unmittelbar möglich und in diesem Beschluss enthalten. Andere brauchen eine ausführlichere Debatte und langfristige Umsetzung, um erfolgreich sein zu können. Hierfür wollen wir Arbeitsgruppen einsetzen und ihre Ergebnisse bei Regional-konferenzen diskutieren. Bis zum ordentlichen Landesparteitag 2019 sollen ihre Ergebnisse vorliegen, um dort weitere Beschlüsse fassen zu können.

Eine erste Wegmarke des Reformprozesses ist die Kommunalwahl im kommenden Jahr.

### 3. Die konkreten Reformschritte

50

#### A. Profil + Programm (AG 1)

##### Situationsbeschreibung

55

Die SPD Schleswig-Holstein hat über die letzten Jahre intensiv an ihrer programmatischen Weiterentwicklung gearbeitet. Die umfangreichen und breit diskutierten Beschlüsse zu Friedenspolitik und Gerechtigkeit haben die Debatte in der Bundespartei mitbestimmt und sind wesentliche Grundlagen für das Bundestagswahlprogramm 2017 geworden.

60

Die grundsätzliche Orientierung, Gerechtigkeitsfragen in den Mittelpunkt der SPD-Politik zu stellen, ist richtig. Gerechtigkeit bleibt das Kernthema der SPD.

65

Auch wenn die programmatische Grundidee der SPD im Jahr 2017 richtig ist, sehen wir doch einen Mangel an schlüssigen sozialdemokratischen Antworten auf die großen Zukunftsfragen. Wir werden unsere Werte, Ziele und die Instrumente unserer politischen Arbeit daraufhin überprüfen, inwieweit sie den geänderten Bedürfnissen der Menschen gerecht werden und sie den heutigen Rahmenbedingungen anpassen. Die neue Leitfrage ist vor allem: Wie verhandeln wir das Verhältnis von Kapital und Arbeit im Zeitalter von Globalisierung, Automatisierung und Digitalisierung und entwickeln eine Zukunft unserer solidarischen sozialen Sicherungssysteme? Der laufende Transformationsprozess wird viele alte Gewissheiten umwerfen. Die richtigen Antworten darauf zu geben, ist eine der Existenzfragen der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert.

70

75

Die SPD in Schleswig-Holstein wird deshalb als konkreten Schritt über das bedingungslose Grundeinkommen ergebnisoffen diskutieren. Dafür wird sie auf der Grundlage unserer Grundwerte (Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität) öffentliche Veranstaltungen ausrichten, bei der Expertinnen und Experten die Chancen und Risiken eines Grundeinkommens erörtern. Wir verfolgen dabei das Ziel, dass Erwerbs-Arbeit nicht entwertet und unsere Sozialsysteme nicht gefährdet werden. In weiteren Veranstaltungen wollen wir den Weg gesamtgesellschaftlicher Arbeitszeitverkürzungen diskutieren.

80

85

Der weltweite Klimawandel, mit teils schwerwiegenden sozialen und ökonomischen Folgen, erfordert einen konsequenten Schutz des Klimas und der natürlichen Ressourcen. Der Ausstieg aus der Kohlenstoffwirtschaft hin zu einem effizienten Einsatz von erneuerbaren Energie ist eine weitere gesellschaftliche Herausforderung des 21. Jahrhunderts der wir uns stellen müssen. Auch der Schutz von Bürgerrechten ist eine drängende Zukunftsfrage, für die teilweise ganz neue Ansätze und Antworten entwickelt werden müssen.

90

Als drittes braucht es Antworten auf die Zunahme des Rechtspopulismus in Europa und Deutschland. Die SPD muss neue Überzeugungskraft entwickeln, um einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung dieser zerstörerischen Ideen zu leisten. Das heißt, wir müssen in den Milieus wieder Fuß fassen, in denen wir unsere traditionelle Anbindung eingebüßt haben.

95

In den nächsten Jahren müssen wir also frische programmatische Ideen entwickeln. Immer auf Basis unserer zentralen Werte: Respekt, Würde, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität. Dann wird die SPD auch in Zukunft die Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei sein.

##### Sofortmaßnahmen

100

- Das aktuelle Grundsatzprogramm der SPD ist von 2007 und damit in einer Zeit entstanden, in der die Folgen von Digitalisierung und Automatisierung in ihrer grundsätzlich umwälzenden Form noch nicht klar erkennbar waren. Es ist Zeit für eine neue Debatte. Die SPD Schleswig-Holstein wird deshalb auf dem Bundesparteitag im Dezember die Forderung unterstützen, ein neues Grundsatzprogramm für die deutsche Sozialdemokratie zu entwickeln. In diese Debatte werden wir uns

- 105 intensiv einbringen und unsere Rolle als programmatischer Motor der gesamten SPD unterstreichen.
- Außerdem beginnt die SPD Schleswig-Holstein gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion einen intensiven Dialog mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Die Ergebnisse sollen eine der Grundlagen des
  - 110 Regierungsprogramms bei der nächsten Landtagswahl sein und fließen gleichzeitig in die Grundsatzdebatte der Bundespartei ein.
  - Gemeinsam mit den Gewerkschaften und uns nahestehenden Verbänden muss eine ausführliche Aufarbeitung der Ungerechtigkeiten erfolgen, die sich infolge der Agenda 2010 entwickelt haben - insbesondere die Ausbreitung prekärer
  - 115 Beschäftigungsverhältnisse, die immer noch unzureichende Qualifizierung und Vermittlung von (Langzeit-)Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und des unfairen Sanktionssystems im SGB.
  - Für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2022 erfolgt eine Entscheidung spätestens im Frühjahr 2021. Bei mehreren Kandidatinnen und Kandidaten wird es
  - 120 einen Mitgliederentscheid geben, der – wie die Erfahrung zeigt – eine enorme mobilisierende Wirkung für die SPD entfalten kann. Eine solche mobilisierende Wirkung ist auch für Bundestagswahlen von enormer Bedeutung. Daher soll bei Neufindung die Nominierung zur SPD-Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl in
  - 125 Zukunft stets durch Entscheid aller Mitglieder vorgenommen werden. Eine geschlechterparitätische BewerberInnenlage sollte das Ziel sein.
  - Parallel wird eine Arbeitsgruppe (Laufzeit zunächst 1 Jahr, Mai 2018 - April 2019) gebildet, die ein landespolitisches Grundwertepapier entwickeln soll. Dabei werden
  - 130 Antworten auf zentrale Zukunftsfragen gesucht. Das Papier, das die Grundlage für das Regierungsprogramm 2022 darstellt, soll nach einem breiten innerparteilichen Beteiligungsprozess auf einem Parteitag beschlossen werden. Der Landesvorstand entwickelt einen Terminplan, der Beratung und Beschlussfassung vor Ort in den
  - Ortsvereinen; den Kreisverbänden, der Arbeitsgruppe und dem Landesverband ermöglicht.

### 135 **Leitthemen für Debatte in der Arbeitsgruppe**

- Unsere Ziele für Schleswig-Holstein im Jahr 2030.
- Die Übertragung und der Schutz unserer Standards guter Arbeit in das Zeitalter der digitalen Transformation. Tarifbindung und die kollektive Vertretung von
- 140 ArbeitnehmerInneninteressen wird bei Arbeit 4.0 eine zentrale Bedeutung haben.
- Chancengleichheit, , unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Orientierung als Grundvoraussetzung zur selbstverantworteten Lebensgestaltung und eine gerechte Verteilung von
- 145 Einkommen und Vermögen in einer globalisierten und digitalisierten Welt.
- Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Chancenungleichheit in den verschiedenen Regionen des Landes.
- Den Zusammenhalt der Generationen sichern, Rentenmodelle für die Zukunft entwickeln, die Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen und den Herausforderungen der medizinischen und pflegerischen Versorgung begegnen.
- Maßnahmen für bezahlbares Wohnen, besonders in den Städten und Gemeinden.
- 150 • Integration in Arbeitsmarkt und Bildung stärken, um das soziale Miteinander zu sichern.
- Digitalisierung als sehr große Herausforderung von Gesellschaft und Wirtschaft (einschließlich der Gefahr der Digitalen Spaltung) zu thematisieren und ihre Folgen für die Gesellschaft gestalten.
- 155 • Nachhaltige, ressourcenschonende Landnutzung wegen des Klimawandels, um Potenziale für Wachstum und Beschäftigung für Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der Energiewende, nachhaltiger Landwirtschaft, unserer Lage in Europa und der digitalen Transformation zu generieren. Dazu schaffen wir neue
- 160 Rahmenbedingungen zur weiteren Entfaltung von Mittelstand, Selbständigkeit und Existenzgründungen in Schleswig-Holstein.

- Stärkung der Ostseekooperation und grenzübergreifende Zusammenarbeit in Europa. Seit jeher hat die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie die enge Anbindung nach Skandinavien und in den Ostsee-Raum gesucht. An diese Tradition müssen wir insbesondere in Zeiten der Opposition anknüpfen, um wichtige Kontakte zu wahren. Außerdem sammeln wir so neue Ideen und Ansätze für die Weiterentwicklung unserer Programmatik. Wie kann dieser internationale Austausch mit anderen sozialdemokratischen Organisationen vertieft werden? Eine Idee könnte ein Ostsee-Kongress aller sozialdemokratischen Parteien im Ostseeraum sein, um über den aktuellen Zustand der sozialdemokratischen Bewegung zu sprechen und neue Konzepte und Ideen auszutauschen.
- Die Bildung der Zukunft in einer digitalisierten Gesellschaft. Lebensbegleitendes Lernen und die beständige Qualifikation, damit niemand auf der Strecke bleibt.
- Wir entwickeln die Digital-Inklusive Ganztagschule.
- Stärkung der Demokratie und Beteiligung an politischem Gestaltungsprozess.
- Chancen für eine moderne Familienpolitik und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen.
- Intensivere Förderung der politischen Bildung und der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus.
- Die Zukunft der Mobilität im Land vor dem Hintergrund der Mega-Trends in den Bereichen autonomes Fahren, Telemedizin und E-Commerce.
- Die Landespartei wird aufgefordert ein klares landespolitisches Grundwertepapier zu formulieren. Grundlage der Arbeit sollte das Gerechtigkeitspapier sein. Alle hier der Bundesebene zurechenbaren Themenfelder können Eingang in ein neues Grundsatzprogramm der SPD Deutschland finden.

## **B. Parteiorganisation + Prozesse (AG 2)**

### **Situationsbeschreibung**

In den letzten Jahren haben wir umfangreiche Projekte zur Parteientwicklung erfolgreich umgesetzt. Dazu gehören die Ausbildung von TrainerInnen zur Unterstützung von Ortsvereinen, die flächendeckende Einführung von Mitgliederbeauftragten, die Verbesserung des Neumitglieder-Managements und die Politisierung der Debatte in den Ortsvereinen. Wichtig ist: Die Stärkung der Organisationskraft der Partei ist kein Projekt, das abgeschlossen werden kann, sondern eine permanente Aufgabe. Deshalb kommt es vor allem darauf an, die wirksamen Instrumente fortzuführen und weniger effektive Maßnahmen durch andere zu ersetzen.

Der Blick auf die Organisation passt zu dieser Feststellung. Es ergibt sich kein einheitliches Bild. Insbesondere der Blick auf die letzten Kampagnen für Landtags- und Bundestagswahl zeigt die Schlagkraft vieler Gliederungen der Partei. Vor allem zu nennen sind dabei die Jusos. Das gilt aber genauso für viele Kreisverbände und Ortsvereine. Auf der anderen Seite sind vielerorts deutliche strukturelle Schwächen zu erkennen. Sichtbar ist das besonders an der Plakatierung, bei der die SPD in manchen Orten deutlich hinter Kleinstparteien zurückgefallen ist. Gleichzeitig wachsen die weißen Flecken, wo keinerlei Parteistruktur mehr vorhanden ist. Das führt auch dazu, dass die Verteilung von Materialien nur noch in wenigen Ortsvereinen geleistet werden kann. Jedes Jahr werden mehr eigene kleine Zeitungen eingestellt. Auch die digitalen Möglichkeiten der Präsentation und Kommunikation werden noch nicht von allen Gliederungen genutzt.

Auf weniger Schultern verteilen sich in der Partei immer mehr Aufgaben. Dies führt zu einem Rückgang in der Organisationskraft. Unser gemeinsames Ziel muss es deshalb sein, die Ortsvereine bei ihren Kernaufgaben intensiver als zuvor zu unterstützen. Seit 2013 wurden 40 Ortsvereine durch Kreisverbände aufgelöst bzw. zusammengelegt. Einem Trend von Ausdünnung und Inaktivität vor Ort müssen wir entgegenwirken. Es gibt aber auch positive Entwicklungen: Seit Januar haben wir so viele neue Mitglieder gewonnen wie seit Jahren nicht mehr. Die zentrale Aufgabe ist, diese in die Parteiarbeit einzubinden, da wir

220 wissen, dass ansonsten ein großer Teil innerhalb der nächsten zwei Jahre wieder austreten wird. Hinzu kommt, dass die Neueintritte die sowieso schon vorhandenen Unwuchten verstärken. Der Schwerpunkt der Eintritte passiert in größeren Orten und urbanen Regionen, wo die Aktivität ohnehin schon größer ist.

225 Gleichzeitig gibt es Stärken, an die wir anknüpfen wollen. Die Beteiligung von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern hat in der SPD Schleswig-Holstein Tradition. Regionalkonferenzen, BürgerparteiTag oder der Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatur im Jahr 2011 dokumentieren das.

230 Mit der Verdopplung der Delegiertenanzahl unseres Landesparteitages im Jahr 2010 haben wir einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass in unserem obersten Beschlussgremium die gesamte Breite unserer Parteimitglieder abgebildet werden kann. Jährlich stattfindende Landesparteitage geben allen Gliederungen die Gelegenheit, die inhaltliche und programmatische Entwicklung voranzubringen. Über den zwischen den Parteitagenden Landesparteierrat haben Kreisverbände, kommunalpolitische Familie und Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit, sich jederzeit zu äußern und direkt einzubringen. Die monatlich stattfindenden Landesvorstandssitzungen sind mitgliederöffentlich. Wir werden diesen Weg der breiten und regelmäßigen Beteiligung konsequent fortsetzen und die Sitzungen des Landesvorstands in Zukunft auch rotierend in den Kreisverbänden durchführen, um zu einem breiteren Meinungsaustausch mit der SPD im ganzen Land zu gelangen.

240 Wir wollen Mitmach- und Gestaltungshürden beseitigen und allen Mitgliedern genügend Möglichkeiten bieten, Zugang zu Delegierten- oder Listenplätze zu finden. Dafür wollen wir mindestens 25% der Ämter und Plätze an solche Mitglieder vergeben werden, die entsprechende Funktionen noch nicht in der Vorperiode ausgeübt haben. Mit der Beitragskampagne, der Teamentwicklung mit Kreisgeschäftsstellen und Kreisvorständen sowie dem Nachwuchsqualifizierungsprogramm haben wir in den letzten Jahren wichtige Projekte zur Stärkung unserer Organisationskraft umgesetzt. Es gilt nun, an das Erfolgreiche anzuknüpfen und gleichzeitig ein hohes Innovationstempo bei der Weiterentwicklung der Partei zu halten.

### 250 **Sofortmaßnahmen**

- Beginn einer organisatorischen, technischen und finanziellen Verbesserung der Serviceleistungen für die EhrenamtlerInnen. Das geschieht in enger Kooperation mit dem Parteivorstand, den Kreisverbänden, Ortsvereinen und dem Betriebsrat.
- Eine stärkere Beratung und Unterstützung der Ortsvereins- und Kreisvorsitzenden. Näheres dazu im Kapitel über Personal- und Organisationsentwicklung.
- Es wird eine Analyse der Organisationsformen in anderen Landesverbänden und politischen Parteien, aber auch in vergleichbaren Organisationen gestartet. Dabei geht der Blick auch in andere Länder. Die Ergebnisse werden auf einer Konferenz vorgestellt, diskutiert und fließen in die weitere Arbeit ein.
- Die SPD S-H setzt sich im Bundesverband der SPD dafür ein, dass auf SPD Bundesparteitagen sowie Parteikonventen ausschließlich gewählte Delegierte stimmberechtigt sein sollen. Außerdem soll die Möglichkeit für Arbeitsgemeinschaften eingeführt werden, eigene Delegierte für den Bundespartei-tag zu wählen.
- Auch im Bereich des Landesvorstands muss eine Strukturänderung thematisiert werden. Ziel dieser Änderungen sollte es sein, dass im Landesvorstand 50% Mitglieder ohne berufspolitischen Hintergrund zu finden sind.
- Fortsetzung der Teamentwicklung in Landesgeschäftsstelle, Kreisgeschäftsstellen und Team-vor-Ort-Schulungen. Schwerpunkt ist dabei die Stärkung von Werten und Sinnkultur (unsere Motivation), der Partizipations- und Anerkennungskultur (Mitarbeit und Engagement) sowie der Informations- und Organisationskultur (unser Management).
- Einrichtung eines systematischen Ideenmanagements unter hauptamtlicher

Begleitung.

- Bestandsanalyse der Mitgliederbasis in Schleswig-Holstein.
- 275 • Um die innerparteiliche Demokratie zu stärken und Diskussionen auf Landesparteitagen offener zu gestalten, werden Antragskommissionen in Zukunft keine Abstimmungsempfehlungen mehr abgeben. Sie dienen der Besprechung von Änderungsanträgen und der Abstimmung zwischen den einzelnen Kreisverbänden und sollen keinen Abstimmungen vorgreifen.
- 280 • Außerdem wird eine organisationspolitische Kommission gegründet (Laufzeit zunächst 1 Jahr, Mai 2018 - April 2019), die an den hier aufgeführten Leitfragen arbeitet.

### Leitthemen für die Debatte in der Kommission

- 285 • Stärkung der organisatorischen Schlagkraft der Partei und ihrer Kommunikationsfähigkeit nach außen.
- Entwicklung neuer Formen von Parteiarbeit. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie bei einer deutlich sinkenden Mitgliederzahl weiterhin ein attraktives und politisches Parteileben ermöglicht werden kann. Gründung einer Projektgruppe „Parteiarbeit 2030“.
- 290 • Einführung einer Feedbackkultur für eine positive und sachliche Auseinandersetzung innerhalb der Partei, diese soll insbesondere in das Führungskräfte- und Neumitgliederseminar integriert werden. Sie dient zur selbstkritischen Begleitung, aber auch zum Anhören neuer Ideen. Dafür sollen ein Feedbackleitfaden und ein Feedback- und Verhaltenscodex erstellt werden. Zusätzlich soll es ein Mediationsangebot durch den Landesverband geben.
- 295 • Gewinnung und Aktivierung von Frauen unter Berücksichtigung des Mitgliederreports "Frauen in der SPD Schleswig-Holstein".
- Entlastung der Ortsvereine bei ihren Aufgaben (z.B. Kassenführung) für einen stärkeren Fokus auf die Kernaufgaben: Politische Debatte und Kampagnenfähigkeit in der Fläche.
- 300 • Daher sollen neue Formen und Orte gefunden werden, in denen Interessierte und neue Mitglieder mehr Themen diskutieren können, die sie interessieren.
- 305 • Neue Verteilung bzw. externe Vergabe von Aufgaben im Wahlkampf (Flyerverteilungen, Plakatierung), damit sich Ortsvereine stärker auf das konzentrieren können, was sie am besten können.
- Modernisierung der Landessatzung und Anpassung an das Organisationsstatut und die Wahlordnung der Bundes-SPD.
- 310 • Veränderung der Organisationskultur, so dass demokratischer Wettbewerb und mehrere KandidatInnen in der Gesamtwahrnehmung einen Gewinn darstellen. Wir wollen sicherstellen, dass es bei diesem parteiinternem Wettbewerb keine VerliererInnen gibt und der Umgang innerhalb der SPD unseren Grundwerten entspricht.
- 315 • Ansprache von Wählergruppen, die wir derzeit nicht erreichen.
- Neugestaltung der Landesparteitage
- Verbesserung des Auftritts der SPD im Internet mit dem Ziel einer gemeinsamen Online-Strategie über alle Gliederungen hinweg.
- 320 • Einrichtung online-organisierter Themenforen, auch unter Einbeziehung der Überlegungen und Entwicklungen anderer Gliederungen. Stärkung der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten ohne andere auszuschließen. Die in diesem Leitantrag genannten Arbeitsgruppen/Kommissionen werden solche Instrumente nutzen, um deren Wirksamkeit im praktischen politischen Leben zu demonstrieren.

325 Neue Formen der Kommunikation und der Förderung eigener Medien (digital und print), wie Ortsvereinszeitungen etc.

### C. Personalentwicklung und –planung (AG 3)

#### Situationsbeschreibung und Ziele

330 In den vergangenen Jahren haben wir im Bereich der Qualifizierung und Personalentwicklung viel erreicht. Teilweise sind wir ganz neue Wege gegangen, die auch anderen Landesverbänden als Orientierung dienen. Die gute Arbeit dieser Jahre müssen wir vor dem Hintergrund der gesammelten Erkenntnisse weiterentwickeln.

335 Wir wollen unseren talentierten Nachwuchs auch weiterhin systematisch fördern und bei seiner politischen Arbeit unterstützen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Zukunftssicherung unserer Partei. Die SPD versteht sich bewusst als lernende Organisation und unternimmt eine Vielzahl an Anstrengungen, die eigenen Kompetenzen ständig zu ergänzen und zu erneuern. Es ist die Aufgabe aller Ebenen.

340 Die SPD benötigt infolge vielfältiger Generationenwechsel eine Vielzahl an Nachwuchstalenten, die bereit und in der Lage sind, politische Verantwortung für verschiedene Führungsaufgaben und -positionen zu übernehmen. Talent ist unabhängig vom Alter. Deshalb orientieren wir uns nicht an festgelegten Grenzen, sondern werden alle Potenziale fördern. Bei unserer systematischen Qualifizierung berücksichtigen wir die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Lebensphasen.

350 Wir gestalten die Angebote insbesondere so, dass sie auch für Menschen mit jungen Kindern attraktiv sind, da diese vor einer besonderen Herausforderung stehen, politisches Engagement und Familienglück zu verbinden. Wir wollen auch bei der Personalentwicklung unserem Anspruch als Volkspartei gerecht werden und den breiten Querschnitt der Gesellschaft abbilden.

355 Wir beobachten steigende Anforderungen an die politisch Aktiven. Ein besonderes Angebot erhalten daher diejenigen in Verantwortung, die als Ortsvereinsvorsitzende, in Kreisvorständen, Kreistagen, als BürgermeisterInnen, in unseren Landesvorständen und Parlamenten aktiv sind. Das bedeutet, dass unsere Bildungsangebote individuell auf Erfahrungsstand und Position eingehen.

360 In den bevorstehenden Jahren wollen wir die Parteiorganisation auf allen Ebenen gemeinsam weiter entwickeln und konkrete Handlungsschritte zur Optimierung von Teamwork, politischem Innovationsdenken, Professionalität der politischen und organisatorischen Arbeit sowie für zuverlässige Dienstleistungen festlegen.

- Leitziele für die nächsten drei Jahre könnten hier sein:
- Das Profil der SPD Schleswig-Holstein als Gerechtigkeitspartei deutlicher, klarer und verständlicher nach innen und außen kommunizieren und zudem unser Profil weiterentwickeln.
- Konkrete Maßnahmen zur Mitgliederbeteiligung entwickeln, insbesondere Maßnahmen, um Neue und jüngere Mitglieder gezielt zu aktivieren und zu binden sowie die Organisationsformen zur Talentförderung auszubauen.
- Die Ortsvereine als einen wichtigen Ort für die Aktivitäten unserer Mitglieder handfest unterstützen.
- Auf Basis unserer Erfahrungen die Online-Beteiligung weiterentwickeln.

375 Unsere Amts- und Mandatsträger auf kommunaler, landes-, bundes- und europäischer Ebene gestalten sozialdemokratische Politik. Das bedeutet nicht nur ein besonderes Maß an Verantwortung für die Menschen im Lande, sondern auch eine besondere Verpflichtung gegenüber der Partei und ihrer Mitglieder. Unverzichtbar ist daher der regelmäßige Kontakt zu allen gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen und Verbänden in den Wahlkreisen sowie zu den verschiedenen Fraktionsebenen in Land und in den Kommunen. Die SPD muss überall im Land präsent sein. Dies deckt sich mit dem eigenen Anspruch unserer Abgeordneten.

380 Das umfasst auch die Geschäftsstellen der Partei sowie die Büros der Abgeordneten in Land, Bund und Europa. In diesem Bereich brauchen wir eine bessere Koordination und Vernetzung. Die vertretenen Fachthemen finden so schneller Eingang in die politische Arbeit der Partei vor Ort und gleichzeitig können die Themen der Partei stärker in die Parlamente getragen werden.

385 Politische Veranstaltungen können mitgestaltet und über die Parteistruktur hinaus bekannt  
gemacht werden. Umgekehrt sind unsere Abgeordneten bei den politischen Gesprächen  
bzw. Gesprächsabenden der SPD überall eingebunden. Keine politische Veranstaltung ohne  
Kooperation ist das Ziel. Wo kaum noch politische Diskussionsveranstaltungen stattfinden,  
390 müssen neue Angebote auf den Weg gebracht werden. Die aktive örtliche und organisato-  
rische Verbindung wird den Ortsvereinen helfen, wieder aktiv zu sein und ihren Beitrag zur  
politischen Meinungsbildung auch bei europa-, landes- und bundespolitischen Themen zu  
leisten. Eine Politisierung kann nur stattfinden, wenn wir alle Kräfte bündeln.

395 Neue politisch interessierte Mitglieder brauchen eine zentrale Anlaufstelle, bei der sie  
schnell Gehör und Unterstützung finden. Sie können darüber eine Stütze des  
Generationswechsels werden. Die Bündelung der Kräfte führt dazu, dass die Kreisverbände  
gezielt neue Mitglieder mit ihren Abgeordneten zusammenführen werden. Diese erhalten  
dann neue sozialdemokratische Impulse.

400 Für den zukünftigen politischen Einfluss der SPD Schleswig-Holstein ist unter dem  
Einfluss des demographischen Wandels ein erfolgreiches sozialdemokratisches Netzwerken  
zwischen den Fraktionen in den Parlamenten, dem Landesverband, den Kreisverbänden,  
Ortsvereinen und den Arbeitsgemeinschaften unabdingbar. Die Altersstruktur allerdings  
verlangt eine konsequent vernetzte Arbeit aller MitarbeiterInnen unserer politischen  
405 Abgeordneten zur Vernetzung bei strikter Beachtung der rechtlichen Vorschriften. Nur  
wenn dies gelingt, haben wir in Zukunft die Chance, Kümmererpartei in allen Regionen zu  
sein. Politisch interessierte und talentierte Schleswig-HolsteinerInnen erleben dann die  
Sozialdemokratie als ganze Kraft für ihre Region. Bislang war dies nicht flächendeckend  
der Fall.

410 Es ist die Aufgabe aller Ebenen, ob Hauptamt, Ehrenamt, bei Mandaten oder Ämtern, sich  
um eine Personalentwicklung zu kümmern, die den o. g. Zielen entspricht.

### **Sofortmaßnahmen**

- 415 • Zur Neumitgliedergewinnung und –haltung werden regelmäßige 1-Tagesseminare  
für alle interessierte SPD-Mitglieder durchgeführt. Außerdem wird zu diesen  
Themen ein Leitfaden erstellt.
- Die Nachwuchsförderung wird zielgerichtet ausgebaut. Die Führungsakademie wird  
neben der Kommunalakademie konsequent fortgeführt und dabei fortlaufend  
420 evaluiert und weiterentwickelt. Mit einer Fortbildungsreihe “Frauen an die Macht”  
werden wir ein spezifisches Angebot ausschließlich für Frauen etablieren.
- Um das Ehrenamt zu würdigen setzen wir uns dafür ein, dass einfache Kosten, wie  
Fahrtkostenerstattung, die durch Parteien oder Vereine ersetzt werden nicht als  
Einkommen bei der Arbeitsagentur Hartz IV gewertet werden.
- 425 • Zur Unterstützung der Arbeit auf allen Ebenen führen wir regionale kollegiale  
Beratung durch. Hierbei ist das Ziel Prozesse zu verbessern, handelnde Akteure in  
ihrer Arbeit zu stärken, das Programm und Profil vor Ort zu verdeutlichen und die  
Parteiorganisation hierdurch langfristig zu stärken.
- Bessere Vernetzung der Beschäftigten von Abgeordneten, Fraktionen und  
Parteiorganisation bei strikter Beachtung der gesetzlichen Trennungsvorschriften.
- 430 • Intensivierung einer Diskussionsreihe zwischen dem SPD-Landesvorstand und  
jungen Parteimitgliedern (“Partei, Pizza, Politik”).
- Neue Landesvorsitzende von Arbeitsgemeinschaften erhalten neben informativen  
Willkommenspaketen eine individuelle Betreuung durch die Landesgeschäftsstelle.  
435 Schulungsangebote, kollegiale Beratung und Sicherheit im Umgang mit Satzungen  
und Organisationsstatut können helfen, politische Wirkmächtigkeit zu erhöhen und  
sich einbringen zu können.
- Um das vielfältige Bildungsangebot auf allen Ebenen durchzuführen, wird der  
Landesverband die Fort- und Ausbildung der für die SPD tätigen Trainerinnen und  
440 Trainer fortsetzen. Hierdurch können wir zeitnahe, systematische Angebote verbes-  
sern, Aktivitäten auf Kreisebene verstetigen und bei Bedarf auf die Ortsvereinsebene

ausdehnen. Dazu gehören Schulungsangebote zu den Themen Social Media, Rhetorik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Projekt- und Wahlkampfmanagement.

- 445 • Regelmäßige Veröffentlichung der Angebote und intensiver Austausch mit wichtigen Kooperationspartnern.
- Außerdem wird eine Kommission gegründet (Laufzeit zunächst 1 Jahr, Mai 2018 - April 2019), die an den hier aufgeführten Leitfragen arbeitet.

### Leitthemen für Debatte in der Kommission

- 450 • Die entscheidende Ebene der Personalentwicklung ist und bleibt der Ortsverein und die Aufstellung in den Wahlkreisen vor Ort! Wir müssen die Anreize verstärken, dass schon bei der Kandidatenaufstellung eine Personalentwicklung mit den oben beschriebenen Zielen stattfindet und die Gliederungen vor Ort dabei beratend unterstützen. Dazu kann auch gehören, bei Listenvorschlägen des Landesvorstands solche Veränderungen gezielt zu berücksichtigen.
- 455 • Wir wollen neue Mitglieder langfristig einbinden, aber dabei nicht überfordern. Dafür müssen wir klären, wie wir ihre Wünsche und Ideen besser berücksichtigen.
- Wir wollen einen Beitrag leisten, um die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und parteipolitischem Ehrenamt zu vereinfachen und gezielte Maßnahmen auf Ortsvereinsebene ergreifen, um zu Verbesserungen zu kommen.
- 460 • In den Ortsvereinen muss gezielt dafür geworben werden, auch parteilose KandidatInnen für die Listen bei den Kommunalwahlen zu gewinnen mit dem Ziel, sie mittelfristig für eine Parteimitgliedschaft zu begeistern.
- 465 • Wir werden die Kompetenzen von Neumitgliedern durch Interviews herausfinden, um sie bestmöglich einbinden zu können. Eigene Stärken einbringen zu können, bietet die Möglichkeit der sinnstiftenden sowie zufriedenstellenden Parteiarbeit.
- Die Geschlechterquote und das Reißverschlussprinzip haben sich bewährt. Um nun auch mehr jungen Menschen den Einzug in die Parlamente zu erleichtern, führen wir eine Jugendquote ein. Sie hat zur Folge, dass jeder Listenvorschlag zu Kommunal-, Bundestags- und Landtagswahlen zumindest für jeden fünften Listenplatz eine Person unter 35 Jahren vorsehen muss. Die SPD Schleswig-Holstein ist eine offene Partei und fordert geeignete Bewerberinnen und Bewerber mit Behinderung auf sich für alle Ämter und Mandate zur Verfügung zu stellen damit ein ganzheitlicheres gesellschaftliches Abbild in unserer Partei möglich wird.
- 470 • Unsere Nachwuchskräfte müssen frühzeitig in Verantwortung kommen. Wir wollen, dass in allen Führungsgremien 25% der Positionen mit Menschen unter 35 Jahren besetzt werden.
- 475 • Strukturelle Veränderungen im Sinne von Amtszeitbegrenzungen, werden von der SPD Schleswig-Holstein nicht verfolgt. Wie können aber dennoch sinnvolle Impulse und kooperative Erneuerung stattfinden?
- 480 • Gründung von Parteischulen auf Kreisebene oder Rufseminare des Landesverbandes mit einem Stamm von Trainerinnen und Trainern.
- Integration von Blended Learning/E-Learning-Angeboten in die bestehende Bildungsarbeit.
- 485

Die drei genannten Kommissionen werden noch in diesem Jahr durch Beschluss des Landesparteirats eingesetzt und beginnen unmittelbar mit ihrer Arbeit.

- 490 • Dabei sind alle Gliederungsebenen der Partei (Ortsvereine, Kreisverbände, Arbeitsgemeinschaften, Landesvorstand, Landtagsfraktion, MdB-Landesgruppe, MdEP sowie erfahrene und neue, ältere und jüngere Genoss\*innen zu berücksichtigen. Soweit es möglich ist, benennen die Gliederungen selbst die Teilnehmer\*innen.
- 495 • Die Besetzung der Kommissionen hat geschlechterspezifisch paritätisch zu erfolgen. Dieses stellen wir dadurch sicher, dass jeder Gliederung die gleiche Anzahl von Männer- und Frauenplätzen zur Verfügung gestellt wird.

Die Arbeitsweise der Kommissionen wird sich an den selbst gesteckten Ziele der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und parteipolitischem Ehrenamt orientieren.

500 Der Landesvorstand (via Geschäftsstelle) stellt den Kommissionen für die anstehende Diskussion benötigte Kenndaten zur Mitgliederentwicklung und –struktur zur Verfügung und gewährt ihnen Zugang zu den ihm vorliegenden wissenschaftlichen Analysen von Partei und Wahlergebnissen. Den Kommissionen stehen die Hauptamtlichen des Landesverbandes auf Anfrage unterstützend zur Seite.

505

510

### *Antragsbereich A/Antrag 3*

*Kreisverband Segeberg*

#### **Arbeitnehmerfreundliche Politik**

(Überwiesen an Arbeitsgruppe 2 in A1)

#### **Beteiligungsfreundliche Politik**

5 Die Parteigliederungen sprechen die Mitglieder in leicht verständlicher Sprache an. Die Sitzungstermine werden arbeitnehmerfreundlich geplant. Die Arbeitnehmer werden in den Entscheidungsprozess der Partei einbezogen.

### *Antragsbereich A/Antrag 4*

*Kreisverband Segeberg*

#### **Innerparteiliche Demokratie stärken**

(Überwiesen an Arbeitsgruppe 2 in A1)

Innerparteiliche Demokratie stärken ist eines unserer Ziele für die politische Arbeit in unserer Partei.

5 Um dieses auch in der Praxis umzusetzen ist es notwendig, dass die Ortsvereine die gestellten Anträge für die Kreis- wie auch für die Landesparteitage diskutieren und ein Meinungsbild erstellen können.

10 Dazu ist zukünftig eine Regelung zu treffen, dass

1. alle Anträge so rechtzeitig eingereicht werden, dass sie den Ortsvereinen übermittelt werden können und hinreichend Zeit vor dem Kreisparteitag bleibt, diese zu diskutieren,
  2. und diese – bei Übernahme durch den Kreisparteitag – fristgerecht für den
- 15 Landesparteitag eingereicht werden können.

### *Antragsbereich A/Antrag 6*

*AG Selbstständige*

#### **Leitanträge und Debatten**

(Angenommen)

Leitanträge der Schleswig-Holsteiner SPD sollen wieder Antragscharakter bekommen. Leitanträge müssen sich auf Kernaussagen zu beschränken. Leitanträge sollen keine Debatten verhindern.

5

#### *Antragsbereich A/Antrag 7*

#### *AG Selbstständige*

### **Gremienstruktur**

(Überwiesen an Arbeitsgruppe 3 in A1)

Der Landesvorstand hat bis zum nächsten Landesparteitag eine Analyse und einen Vorschlag zu unterbreiten, ob und wie ggf. der Anteil der Mandatsträger in den Ämtern der Gremien zu beschränken ist. An dem Prozess ist der Landesparteirat zu beteiligen.

5

#### *Antragsbereich A/Antrag 9*

#### *Kreisverband Segeberg*

### **Plakatierung**

(Angenommen)

Kandidierende, Kreis- und Landesverband werden aufgefordert, Plakatierungen in enger Abstimmung mit den Ortsvereinen vorzunehmen.

#### *Antragsbereich A/Antrag 11*

#### *AsF*

### **Es bleibt dabei: Keine große Koalition in dieser Legislaturperiode**

(Angenommen)

Am Versprechen, welches unter dem Schock der verlorenen Bundestagswahl am Abend des 24. September 2017 durch führende Persönlichkeiten unserer Partei gegeben wurde, ist unter allen Umständen und auch bei unvorhergesehenen weiteren Entwicklungen festzuhalten:

5

- Mit Beginn der 19. Wahlperiode endet die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD.
- Die SPD übernimmt im Bundestag – mit Entschiedenheit und Engagement – die Führung der Opposition.
- Die SPD sieht es vor allem als ihre Aufgabe an, den Einfluss der „neuen Rechten“ im Bundestag zurückzudrängen und stattdessen wieder nach Schnittmengen für eine linke, sozial und demokratisch bestimmte Politik zu suchen.
- Die SPD lässt sich unter keinen Umständen erneut für eine Große Koalition auf Bundesebene gewinnen, insbesondere nicht durch ein etwaiges Scheitern anderweitiger Koalitionsverhandlungen. Sie lässt sich auch nicht durch andere im Sinne einer „Verantwortung“ erpressen, welche allein in der Übernahme von

10

15

Regierungsbeteiligung bestünde.

20

Die erste Verantwortung der SPD in der gegenwärtigen Situation besteht gegenüber der Demokratie in unserem Land: einem lebendigen Parlamentarismus und einer funktionsfähigen Gewaltenteilung!

*Antragsbereich A/Antrag 12*

*AG Selbstständige*

### **Gleichstellung AGs**

(Überwiesen an Arbeitsgruppe 2 in A1)

5

Die Landesarbeitsgemeinschaften und Foren im Landesverband Schleswig-Holstein werden den Kreisverbänden insoweit satzungsgemäß gleichgestellt, als dass sie mit Sitz und Stimme in allen entsprechenden Gremien, wie z. B. Antragskommission vertreten sind. Die organisationspolitische Kommission wird beauftragt, soweit erforderlich eine entsprechende Änderung der Satzung und des Organisationsstatuts zu erarbeiten.

# Bildung

*Antragsbereich B/Antrag 1*

*AfB Bildung LV*

**Durchführung eines bildungspolitischen Landespartages in 2018**

(Angenommen)

5 Der Parteivorstand wird aufgefordert, gemeinsam mit der AfB in einer Veranstaltung die zurückliegenden Landtags- und Bundestagswahlen aus bildungspolitischer Sicht unter Abgleich mit entsprechenden sozialdemokratischen Grundsatzpositionen aufzuarbeiten. Zudem sollen weitere bildungspolitische Zukunftsthemen, wie Inklusion und Lernen in der digitalen Welt aufgegriffen werden.

10 Diese Veranstaltung soll bis Ende 2018 stattgefunden haben und eine Grundlage für die Formulierung mittel- und langfristiger Positionen und Forderungen in der Bildungspolitik des Landes SH darstellen.

*Antragsbereich B/Antrag 3*

*AG 60plus*

**Lehrstuhl für Altersmedizin**

(Angenommen)

5 Der Landesparteitag möge beschließen und die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Bundesland Schleswig-Holstein ein „Lehrstuhl für Altersmedizin“ eingerichtet wird. Auch die Zulassung als Prüfungsfach ist umzusetzen.

# Kommunales

**Zukunft wird in den Kommunen gemacht**

(Annahme in geänderter Fassung)

(Angenommen)

5

**Zukunft wird in Kommunen gemacht**

10

Die Kommunen sind der gesellschaftliche Ort, an dem die Menschen im Zusammenleben, beim Lernen, Arbeiten, in der Freizeit, bei sozialem Engagement und kultureller Initiative, bei der Versorgung und bei Hilfsangeboten, bei gesundheitlicher Infrastruktur und allen anderen Grundlagen eines modernen Wohlfahrtsstaates unmittelbar die Auswirkungen politischen Handelns erfahren. In den Kommunen müssen die Herausforderungen ökonomischen und sozialen Wandels bewältigt werden, die Kommunen stehen in der Herausforderung bei wachsender Ungleichheit Daseinsvorsorge zu treffen und die Voraussetzungen für eine gerechte Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Interessen aller Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. In besonderem Maße ist es den Kommunen auferlegt, konkret der Spaltung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken und Teilhabe, Mitwirkung und kommunale Demokratie mit Leben zu füllen. Dadurch kommt den Kommunen politisch eine eigene und besondere Aufgabe zu, denn Ungerechtigkeit, soziale Not, Ausgrenzung, Unsicherheit und fehlende Wertschätzung fördern Demokratieverdross. Dagegen setzen wir eine konsequente Interessenvertretung für gute Arbeit, soziale und alltägliche Sicherheit. Und wir verstehen uns als Teil kommunaler Demokratiebewegung, die Kreativität, kulturelle Vielfalt, Partizipation, umfassende Bildung und gesellschaftliche Veränderung auf der Basis unserer Grundwerte von Solidarität, Freiheit und Menschenwürde umsetzen will.

15

20

25

30

Um die Vielfalt der Ausgestaltung in unseren Kommunen zu gewährleisten und die unterschiedlichen Voraussetzungen unserer kommunalen Landschaft zu berücksichtigen, bedarf es klare und verbesserte politische Rahmenbedingungen. Hierfür stehen Bund und Land in besonderer Verantwortung. Wir wissen, dass Politik allein viele Probleme nicht lösen. Deswegen erwarten wir aber, dass die vorhandenen politischen Instrumente im Interesse der kommunalen Aufgaben konsequent weiterentwickelt und angewandt werden.

**Kommunalpolitische Forderungen:**

35

1. Die Kommunen Schleswig-Holsteins erhalten einen Altschuldentilgungsfonds, der es ihnen ermöglicht, Altschulden sukzessive abzubauen ohne gleichzeitig Einschnitte in der Daseinsvorsorge vornehmen zu müssen.

40

2. Es wird für einen fairen Lastenausgleich gesorgt. Der kommunale Finanzausgleich muss noch stärker als bisher den solidarischen Ausgleich zwischen finanzstarken Kommunen und finanzschwachen Kommunen so herstellen, dass gleiche öffentliche Leistungen für gerechte Lebensbedingungen für alle Menschen im Land entstehen.

45

3. Der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus muss deutlich stärker vorangetrieben werden als bisher. Die Kommunen benötigen eine dauerhafte und verlässliche Förderung des barrierefreien und behindertengerechten sozialen Wohnungsbaus ebenso wie die Berücksichtigung dessen bei der Landesplanung. Sozialer Wohnungsbau geht alle an und kann nicht allein durch die Städte und Gemeinden geschultert werden.

50

4. Die Kommunen erhalten eine verlässliche dauerhafte finanzielle Unterstützung bei der Sanierung und Modernisierung der Bildungseinrichtungen von der KiTa bis zur Schule, von den kommunalen Bibliotheken bis zu den Volkshochschulen.

5. Bei der Ausstattung von Brennpunktschulen mit Sachmitteln und Personal wird nach einem Sozialindex gehandelt. Die Kitafinanzierung aus einer Hand, die sowohl auf die Entlastung der Eltern, auf die Qualitätsstandards und auf die Entlastung der Kommunen achtet, wird umgesetzt.

55

6. Stärkere interkommunale Zusammenarbeit, nicht nur im Bereich Wohnungsbau, wird gefördert.

60

7. Zu einer modernen Verwaltung gehören digitale Angebote an die Bürgerinnen und Bürger sowie E-Government auf allen Ebenen. Die Digitalisierung der Verwaltung wird landesweit stärker als bisher unterstützt.

65

8. Eine funktionierende Straßeninfrastruktur mit gut ausgebauten Rad- und Gehwegen gehört zu den Mobilitätskonzepten der Zukunft und ist existenziell für die Weiterentwicklung der Kommunen. Straßenausbaubeiträge hemmen diese Entwicklung und belasten die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen. Die Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft mit einem entsprechenden finanziellen Ausgleich für die Kommunen.

70

9. Klimaschutz ist kommunale Pflichtaufgabe und muss als solche in den Kommunalhaushalten anerkannt werden!

75

10. Integrationsarbeit findet in den Kommunen statt. Diese erhalten dafür eine garantierte finanzielle Förderung zur auskömmlichen Finanzierung der kommunalen Integrationsarbeit! Integrationsarbeit findet in den Kommunen statt. Diese erhalten dafür eine garantierte finanzielle Förderung zur auskömmlichen Finanzierung der kommunalen Integrationsarbeit bis mindestens 2030! Darüber hinaus braucht es überall qualifiziertes Personal. Deshalb soll insbesondere die Personalgewinnung für Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete unterstützt werden.

80

Wir befinden uns erst am Beginn einer neuen Stufe der Urbanisierung: Städte erfahren eine Renaissance als Lebens- und Kulturform. Die Städte der Zukunft werden vielfältiger, vernetzter, ökologischer und in jeder Hinsicht dynamischer sein als wir sie lange Zeit erlebt haben. Vor allem aber wandelt sich das Verhältnis und Bewusstsein der Menschen zu ihren Städten.

85

Gleichzeitig nimmt in ganz Deutschland die soziale Spaltung und die moderne Armut zu, die 2017 einen historischen Höchststand erreicht hat. Das betrifft auch Schleswig-Holstein. Besonders gefährdet sind dabei kinderreiche Familien, Arbeitslose, Alleinerziehende, Migrant\*innen und zunehmend auch Rentner\*innen. Dieser Personenkreis macht in Großstädten fast zwei Drittel der Bevölkerung aus, in eher ländlichen Gebieten bereits knapp die Hälfte. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung allein löst dieses Problem erkennbar nicht. Im Gegenteil: trotz Wirtschaftswachstum wächst auch die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in Deutschland. Das betrifft auch Schleswig-Holstein. Deshalb darf der öffentliche Sektor nicht weiter heruntergespart werden, denn das bedeutet ein Heruntersparen der Daseinsvorsorge. Dringend benötigt werden Investitionen in die Kommunen und Investitionen in den Kommunen!

95

Daseinsvorsorge darf kein Luxus sein, den man sich leistet, sondern sie muss von allen Kommunen dauerhaft gewährleistet werden können. Gerechtigkeit und Teilhabe müssen umfassend möglich gemacht werden und alle Bürgerinnen und Bürger erreichen.

100

Dazu gehört die Garantie, dass allen Menschen der Zugang zu Bildung, sozialem Wohnungsbau, Sport, Kunst und Kultur gewährleistet wird. Bildung ist und bleibt Landesauftrag! Das Land muss seine Kommunen deshalb mit den notwendigen finanziellen und personellen Mitteln ausstatten, damit Bildung vom ersten Tag an, ohne Gebühren zugänglich wird! Das gilt für die Entlastung der Eltern, für bessere und landesweit einheitliche Qualitätsstandards. Der Entlastung der Kommunen kommt hierbei eine besondere Rolle zu, denn es sind die Kommunen, die die öffentlichen Bildungsangebote

105

sowie Sport-, Kunst- und Kulturangebote in die Zukunft hinein entwickeln können und wollen.

110 Der Landesparteitag fordert Landesvorstand und Landtagsfraktion auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass diese kommunalpolitischen Forderungen aufgegriffen und umgesetzt werden.

115 Der Landesvorstand wird beauftragt die Kreisvorstände und Ortsvereine im Kommunalwahlkampf finanziell und personell zu unterstützen.

### *Antragsbereich K/ Antrag 2*

#### *Kreisverband Steinburg*

### **Straßenausbaubeiträge**

(Annahme in geänderter Fassung)

(Angenommen)

5 Straßenausbaubeiträge abschaffen, Ausbau kommunaler Straßen unterstützen!

1. Die SPD Schleswig-Holstein setzt sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein.

10 2. Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge setzt voraus, dass den Kommunen dadurch keine finanziellen Nachteile entstehen und sie in die Lage versetzt werden, im notwendigen Umfang den Ausbau kommunaler Straßen sicherzustellen.

15 3. Deshalb müssen Landtag und Landesregierung den Kommunen zusätzliche Mittel mindestens in Höhe der bisherigen Einnahmen der Kommunen aus Straßenausbaubeiträgen bereitstellen.

20 Hierfür soll im Kommunalen Finanzausgleich eine dauerhafte Förderung außerhalb der Ausgleichsmittel eingereicht werden. Diese soll aus zusätzlchen Landesmitteln mindestens in Höhe der bisherigen Einnahmen aus Anliegerbeiträgen gebildet werden.

# Soziales

*Antragsbereich S/ Antrag 1*

*AG 60plus*

**Landesbeauftragte/r für Wohnungsbau**

(Überwiesen an LTF)

Die Landtagsfraktion wird beauftragt zu prüfen:

- 5 Für die konsequente Umsetzung "Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie von alternativen Wohnformen" wird die Einrichtung eines durch Landesmittel finanzierten Landesbeauftragten für Wohnungsbau für Schleswig-Holstein erforderlich.

*Antragsbereich S/ Antrag 3*

*AG 60plus*

**Anwendungsbereich des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes**

(Angenommen)

- 5 Der Landesparteitag möge beschließen und die Landtagsfraktion auffordern, sich dafür einzusetzen, den Geltungsbereich des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes neu so zu definieren, dass es auch anwendbar ist für Wohnformen, die über betreutes Wohnen der alten Definition hinausgeht aber kein Pflegeheim i. S. des SBestStG ist.

# Umwelt

**Energiewende beschleunigen**

(Annahme in geänderter Fassung)

(Überwiesen an BPT)

5 Die SPD Fraktionen im Bund, im Land Schleswig-Holstein und im Europäischen  
Parlament werden aufgefordert, die eingeleitete Energiewende weg von fossilen  
Energieträgern (Kohle, Öl und Gas) hin zu regenerativen Energiequellen konsequent und  
beschleunigt fortzuführen. Die SPD muss auch in der Opposition einen entschlossenen  
Beitrag zur Drosselung des Klimawandels leisten und dafür auch neue Instrumente  
10 entwickeln, um das nationale Klimaschutzziel von minus 40 % CO<sub>2</sub> bis 2020 zu erreichen..

Die einzelnen notwendigen Maßnahmen:

- 15 1. Wir brauchen einen diskriminierungsfreien Energiemarkt für Erneuerbare Energien  
und diese systemisch einbeziehende Technologien. Dementsprechend wird der  
bisher geltende Vorrang Erneuerbarer Energien auf die Systemintegration  
Erneuerbarer Energien ausgeweitet.
- 20 2. Eine wirksame Nutzungserleichterung Erneuerbarer Energien für Hauseigentümer  
und Mieter schaffen.
- 25 3. Regulatorische Hürden und ökonomische Hemmnisse zur Speichernutzung müssen  
abgebaut werden. Mit Klima- und Ressourcenschutzmaßnahmen sowie einem mit  
dieseneinhergehend wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien steigt im  
Energiegewinnungs- und Versorgungssystem auch der Bedarf an Flexibilität und  
Energiespeichern, zumal mit Blick auf Synergie-Optionen zwischen den Sektoren  
Strom, Wärme und Mobilität.
- 30 4. Eine Dynamisierung von Netzentgelten einführen: Sie bedürfen einer solidarischen  
Finanzierung. Zugleich soll es belohnt werden, wenn Netzentlastungen geleistet  
werden.
- 35 5. Für eine Mobilitätswende müssen die Kombinationen der Bereiche des Öffentlichem  
Personennahverkehrs und des Individualverkehrs angereizt werden, auch unter  
Nutzung der Digitalisierung.
- 40 6. Erneuerbaren Energien müssen beschleunigt ausgebaut werden, um möglichst bald  
die vollständige Ablösung fossiler Energieträger im Strom-, Wärme-, und  
Verkehrssektor zu erreichen. Ausbaubeschränkungen für Erneuerbare Energien  
werden aufgehoben, da sie den Handlungserfordernissen aus bestehenden Klima-  
und Ressourcenschutzverpflichtungen widersprechen und sich als Hemmnis für den  
Wirtschaftsstandort Deutschland sowohl mit Blick auf hierverloren gehende  
Arbeitskräfte als auch abwanderndes Knowhow erweisen.
- 45 7. Restriktionen zur sektorübergreifenden Verwendung von Strom aus Erneuerbaren  
Energien sind aufzuheben, da sie einer ihrer effektiven Nutzung widersprechen.
8. Zur Senkung von Strompreisen und zur Weitergabe kontinuierlicher  
Kostensenkungen Erneuerbarer Energien an Stromkunden wird die EEG-Umlage  
steuerfinanziert, soweit sie auf der Umlagebefreiung energieintensiver Industrien  
beruht.

50 9. Emissionen und Schadstoffe müssen im Energiepreis in Form einer  
Schadstoffbepreisung einbezogen werden. Die Reduktion von hochgradig  
klimaschädlicher Kohleverstromung in einem ergänzenden Umfang von 90 Mio. t  
CO<sub>2</sub> bis 2020 durch das Abschalten besonders emissionsintensiver Kraftwerke  
sowie von Volllaststunden in weiteren Kraftwerken.

55

*Antragsbereich U/Antrag 2*

*Umweltforum*

### **Richtungswechsel zu einer nachhaltigen Agrarpolitik**

(Annahme in geänderter Fassung)

(Angenommen)

5 SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion und die SPD-Abgeordneten im Europäischen  
Parlament werden aufgefordert, in den nächsten Jahren konsequent für einen  
Richtungswechsel hin zu einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft in  
Deutschland und in Europa einzutreten, „die ökologisch verträglich, sozial gerecht und  
ökonomisch rentabel ist

# Wahlrecht

Antragsbereich WR/ **Antrag 1**

*Kreisverband Segeberg*

## **Berufsbezeichnung und Stand auf Wahl-/stimmzetteln**

(Angenommen)

Die Berufsbezeichnung und der Stand (der Kandidatinnen und der Kandidaten) werden auf den Wahl-/Stimmzetteln bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen gestrichen.

5

# Wirtschaft

**Vorsicht beim Freihandel**

(Angenommen)

(Überwiesen an BPT)

5 SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich weiterhin  
darum zu bemühen, dass bei künftigen Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit  
anderen Ländern der Welt ökologische und soziale Standards eingehalten werden. Eine  
weitere Geheimniskrämerie bei der Europäischen Union darf es nicht geben. Das betrifft  
10 gegenwärtig vor allem JEFTA (Freihandelsabkommen mit Japan), CETA  
(Freihandelsabkommen mit Kanada) und die Verhandlungen mit Staaten in Südamerika  
(MERCOSUR). JEFTA ist trotz aller Bekenntnisse der Europäischen Union zur  
„Transparenz“ erneut geheim verhandelt worden. Es wurde erst durch Greenpeace  
15 Niederlande im Sommer 2017 öffentlich gemacht. Dabei geht es um Zollfreiheit für  
japanische Autos und um den europäischen Export von Agrarprodukten. Da Japan einen  
großen Markt für Lebensmittel bietet, wäre eine weitere Erhöhung der Agrarexporte  
verheerend für die notwendige Agrarwende in der EU. Bei allen Freihandelsabkommen  
müssen die Ziele der nachhaltigen Entwicklung in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen  
(SDG=Sustainable Development Goals) umgesetzt werden. Es muss das Vorsorgeprinzip  
20 gelten und darf keine privaten Schiedsgerichte geben. Die entsprechenden Beschlüsse des  
SPD-Konvents sind dafür eine gute Grundlage. SPD-Politiker dürfen im Bundestag und im  
europäischen Parlament nur zustimmen, wenn die dort festgehaltenen Kriterien erfüllt sind.

## II. Weitere Anträge

### **1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:**

A2;A10;Ä84;B2;Inter1;Ä113;S2;

### **2. Abgelehnt wurden die Anträge:**

A8;W1;

### **3. Nichtbefassung wurde beschlossen für die Anträge:**

### **4. Zurückgezogen wurden die Anträge:**

A5;